



Bundesvereinigung
Spitzenverbände der
Immobilienwirtschaft

Medieninformation vom 22.07.2008

Sperrfrist: keine

Mehrwertsteuersätze reduzieren: BSI begrüßt EU-Vorstoß

„Ermäßigte Steuersätze für das Bauen und Renovieren von Wohnungen können den Verbraucher und die Immobilienwirtschaft erheblich entlasten“, begrüßte Lutz Freitag, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen den Vorstoß der EU-Kommission, reduzierte Mehrwertsteuersätze für bestimmte Dienstleistungen zuzulassen. Die Baukosten seien laut Preisindex allein 2007 um rund sieben Prozent gestiegen. „Ein auf sieben Prozent ermäßigter Mehrwertsteuersatz wäre ein wichtiges Signal an die Eigentümer und Mieter“, so der BSI-Vorsitzende. Das würde die Bauinvestitionskosten reduzieren und käme damit dem Verbraucher zugute – denn letztlich hätte dies einen dämpfenden Effekt auf die Entwicklung der Mietpreise.

Zusammen mit staatlichen Fördermaßnahmen wie dem KfW-CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm würde ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz Investitionen in den Gebäudebestand auslösen und damit zu weiteren Energieeinsparungen führen. Zudem habe die Steigerung von Investitionen als Folge einer Mehrwertsteuersenkung positive Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt. „Gerade im Bereich des Wohnungsbaus werden in der Regel örtlich ansässige Handwerker beauftragt, so dass es zu Preisreduzierungen und damit zu einer verstärkten Nachfrage und mehr Arbeitsplätzen kommen wird“, so Freitag.

Gleichzeitig müssten zur Verstetigung einer hohen energetischen Modernisierungsrate die Fördermittel für energetische Modernisierungen auch ab 2009 mit einem angemessenen Volumen und zu stetigen Konditionen bereitgestellt werden. Nur so entstehe Planungssicherheit für die Unternehmen und private Vermieter, um weiterhin Modernisierungen vornehmen zu können. Das derzeit im Rahmen der Haushaltsverhandlungen diskutierte Volumen der KfW-Mittel zur CO₂-Einsparung sei nicht ausreichend, um die ab 2009 geltenden höheren Standards und die damit einhergehenden Kostenerhöhungen wirkungsvoll abzufedern.

Die BSI appelliert an die Bundesregierung, die durch die EU-Kommission vorgeschlagenen Wege zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus zügig umzusetzen.

Geschäftsführender Verband:
GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen e.V.
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin

Ansprechpartnerin:
Katharina Burkardt
Pressesprecherin
presse@bsi-web.de

Telefon: +49 (30) 82403-151
Telefax: +49 (30) 82403-159
www.bsi-web.de

Europa-Büro der BSI
47-51, rue du Luxembourg
1050 Bruxelles, BELGIEN

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Haus & Grund
Deutschland

Immobilienverband
Deutschland IVD
Bundesverband der Immobilien-
berater, Makler, Verwalter
und Sachverständigen

Bundesfachverband
Wohnungs- und
Immobilienverwalter (BFW)

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGf Verband Geschlossene
Fonds

Ansprechpartner

Katharina Burkardt
Pressesprecherin
Telefon: 030/82 403 -151
presse@gdw.de
www.immobiliengaende.de

c/o GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und Immo-
bilienunternehmen e.V.
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin

Telefon: 030/82 403 -0
Telefax: 030/82 403 -159